

Der Europäische Rat

PETER HORT

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat 1988 in einem kaum erhofften Maße für einen Neubeginn der Gemeinschaft gesorgt. Mit den Reformbeschlüssen des Brüsseler Sondergipfels (11./12. Februar 1988) sind Euro-Pessimismus und Lethargie, die lange Jahre wie ein dunkler Schatten auf der Gemeinschaft lagen, von Zuversicht und neuer Hoffnung abgelöst worden. Man sprach von einem Szenen- und Themenwechsel, von einem „Befreiungsschlag“ und sogar von einem „Wunder“, das unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr gelungen sei¹. Erst nach und nach wurde das ganze Ausmaß der Flurbereinigung deutlich, die den Regierungschefs gelungen war: Der Nachweis, daß die Gemeinschaft gut dreißig Jahre nach ihrer Gründung zu einer Reform an Haupt und Gliedern fähig war, hat das so häufig von Krisen gekennzeichnete Binnenverhältnis der Zwölf spürbar entspannt und zugleich das Ansehen der Gemeinschaft in der Welt deutlich gestärkt. Im Innern kam die Vollendung des Binnenmarktes rascher voran, nach außen hin geriet das Verhältnis zu den EFTA-Ländern, den osteuropäischen Staaten, der Sowjetunion wie auch zu den Vereinigten Staaten und Japan stärker ins Blickfeld einer Gemeinschaft, der es an Selbstbewußtsein nun nicht mehr mangelte.

Kontrastreicher hätte man sich die insgesamt drei Sitzungen der Staats- und Regierungschefs 1988 nicht denken können: Während auf dem Brüsseler Sondergipfel² ein Krisen-Szenarium herrschte, dessen Ausgang bis zum Schluß auf des Messers Schneide stand, waren die Ratstreffen in Hannover Juni 1988 und Rhodos Dezember 1988 von großer Harmonie gekennzeichnet. Nach den Tiefs der vergangenen Jahre, als es immer nur um die verfahrenere Agrarpolitik und die längst fällige Haushaltsreform ging, wollte man endlich wieder einmal jenes Hochgefühl erleben, das „normale“ Gipfelkonferenzen eigentlich bieten sollen. Mit dem Abschluß der nach allgemeinem Urteil äußerst erfolgreichen deutschen EG-Präsidentschaft ist das neue Hochgefühl bereits in Hannover deutlich geworden, wo Bundeskanzler Kohl die Glückwünsche der elf übrigen „Chefs“ entgegennehmen konnte³. Entspannt und guter Stimmung war man auch auf Rhodos, obwohl die griechische Präsidentschaft nicht annähernd so erfolgreich verlief wie die deutsche. Es wurde wieder einmal deutlich, daß die Regierungschefs immer wieder froh sind, wenn sie keine konkreten Sachentscheidungen im Widerstreit ihrer nationalen Interessen auszutragen haben⁴.

Mit der „Verschnaufpause“, die sich die Zwölf in Hannover wie auf Rhodos gönnten, ist der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs zu jener Art von Gipfeltreffen zurückgekehrt, die Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt fünfzehn Jahre zuvor im Auge hatten, als sie inmitten der Ölkrise die Partner am Kamin versammelten, um abseits der Hektik des Tagesgeschehens über die Lage der Gemeinschaft nachzudenken und Perspektiven zur Lösung der Probleme aufzuzeigen⁵. Die beiden Treffen von Hannover und Rhodos kamen diesem klassischen Ideal des Gipfels ziemlich nahe, da der Meinungs austausch ohne Beschlußzwang im Vordergrund stand. Es ist von hohem Gewinn für die Gemeinschaft, wenn so das Verständnis der Regierungschefs für die „Zwänge und Handlungsgrenzen ihrer Partner“ vergrößert wird⁶.

In Hannover wurde deutlich, daß die von den Regierungschefs eingesetzte Arbeitsgruppe unter dem Kommissionspräsidenten Jacques Delors, die einen Weg zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion aufzeigen sollte, kein leichtes Spiel haben werde. Denn Margaret Thatcher widersprach schon in Hannover der Forderung François Mitterrands, zusammen mit dem Binnenmarkt die Währungsunion mit einer europäischen Zentralbank und einer einheitlichen Währung zu verwirklichen. Und auf Rhodos zeichnete sich ein Szenarium ab, das Delors schon einige Wochen zuvor eine „Vorkrise“ nannte: Zwar war man sich einig über die Erfolge, die die Zwölf auf dem Weg zum Binnenmarkt zurückgelegt hatten, doch über gewisse Konsequenzen drohte neuer Zwist⁷. Die Sicherung und Angleichung der Arbeitnehmerrechte, die Angleichung der Mehrwert- und sonstigen Verbrauchssteuern, die Einführung einer Quellensteuer zur Vermeidung der Kapitalflucht bei offenen Kapitalmärkten sowie die völlige Abschaffung aller Grenzkontrollen tauchten zusammen mit der Währungsunion als neue Konfliktstoffe am Horizont auf. Für die sich abzeichnenden Auseinandersetzungen hatten die Beratungen auf Rhodos den Charakter einer ersten Fühlungsnahme; vereinzelt wurde auch von einer „Generalprobe“ gesprochen⁸.

Tatsächlich nahm die Konfliktbereitschaft im Laufe des Jahres 1989 wieder zu. Je näher das magische Datum 1992 rückt, desto schwieriger scheint es zu werden, die dicken Brocken auf dem Wege wegzuräumen. Hinzu kommen die Warnungen Frau Thatchers in ihrer Rede vom 20. September 1988 in Brügge⁹, in der sie den weiterreichenden Integrationsbemühungen bis hin zur politischen Union eine Absage erteilte. Eine gründliche Aussprache darüber fiel dem allgemeinen Harmoniebedürfnis auf Rhodos zum Opfer. Es blieb jedoch am Jahresende 1988 kein Zweifel darüber, daß sich aller Beschönigungen zum Trotz ein grundlegender Zwist aufatet: Während für Mitterrand, Kohl und die meisten Regierungschefs der kleineren EG-Länder der Binnenmarkt Ausgangs- und Durchgangsstation hin zu einer weiteren Stufe der Integration darstellt, sieht Frau Thatcher im Binnenmarkt den Endpunkt des Zusammenwachsens der europäischen Völker. Vieles spricht dafür, daß die Scheitelinie zwischen den beiden Lagern in den Auseinandersetzungen über die Währungsunion und den vom Delors-Ausschuß aufgezeigten Weg deutlich wird, denn die Währungsunion mit einem europäischen Zentral-

banksystem und einer einheitlichen Währung wäre ein erster Kristallisationspunkt der politischen Union.

Die Tagungen des Europäischen Rats¹⁰

Hannover, 27./28. Juni 1988

Schon lange vor dem Europäischen Ratstreffen in Hannover war klar, daß dies nach langen Krisenjahren wieder ein „klassischer“ Gipfel der Perspektiven und des Nachdenkens werden sollte¹¹. Denn mit den weitreichenden Reformbeschlüssen auf dem Brüsseler Sondergipfel vom Februar hatten sich die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft erst einmal Luft verschafft. Mit den neuen Perspektiven in der Agrar-, Haushalts- und Strukturpolitik wurde der Blick frei für die neue Hauptaufgabe der Zwölf, die Vollendung des Binnenmarktes. Rechtzeitig vor dem Gipfeltreffen waren unter der deutschen Präsidentschaft im Ministerrat gute Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß das Treffen in Hannover frei von drängenden, akuten Problemen gehalten werden konnte. In nur wenigen Monaten war es gelungen, Beschlüsse zur vollständigen Liberalisierung der Kapitalmärkte, der Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, über die gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome sowie die Beseitigung der Schranken im grenzüberschreitenden Lastwagenverkehr zu fassen. Selbst die Bonner Regierung zeigte sich überrascht, daß es während ihrer EG-Präsidentschaft gelang, insgesamt fast fünfzig Entscheidungen oder Grundsatzvereinbarungen zu verabschieden. Damit war etwa ein Drittel des gesamten Binnenmarktprogramms der Brüsseler Kommission mit knapp 300 Einzelentscheidungen unter Dach und Fach.

So war niemand überrascht, daß Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinen Gästen in Hannover ein „europäisches Fest“ feiern konnte¹². Von Margaret Thatcher bis Andreas Papandreou waren alle der Meinung, daß die Deutschen in Brüssel gute Arbeit geleistet haben. Bereits Mitte des Monats hatten die Außenminister in Luxemburg wenig Mühe damit, das Gipfeltreffen vorzubereiten und in die richtigen Bahnen zu lenken: Man kam rasch zu dem Ergebnis, daß es keinen Anlaß für die Erörterung kontroverser Themen gebe und daß die Regierungschefs entsprechend der „Stuttgarter Grundsätze“ von 1983 über Prioritäten und Perspektiven der weiteren europäischen Integration sprechen sollten. Alle zeigten sich zufrieden, daß das sonst übliche „Konklave“ der Außenminister unmittelbar vor dem Gipfel – normalerweise ein fast untrügliches Zeichen für Krise und Streit – diesmal mangels Masse entfiel. Es gab auch keinerlei Auseinandersetzungen über die drei wichtigsten Tagesordnungspunkte für Hannover: Bilanz der Arbeiten zur Vollendung des Binnenmarktes, Perspektiven der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion mit Errichtung eines europäischen Zentralbanksystems sowie eine erste Annäherung an jenes Thema, das bisher nicht recht vorangekommen war: die „soziale Dimension“ des einheitlichen Binnenmarktes mit der von vielen als nötig erachteten Sicherung der Arbeitnehmerinteressen.

Damit war klar, daß sich die Gipfelrunde nach Jahren des Krisenmanagements wieder dem inneren Ausbau der Gemeinschaft zuwenden werde. Der Blick nach

draußen, die Position der Zwölf in der Welt, trat in den Hintergrund, zumal da sich unmittelbar vor dem Gipfel zeigte, wie sehr die Gemeinschaft auch im Außenverhältnis an Ansehen gewann: Die gegenseitige diplomatische Anerkennung von EG und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)¹³ beendete eine rund dreißig Jahre dauernde Eiszeit zwischen den beiden wichtigsten Wirtschaftsböcken des Westens und des Ostens. Wer noch daran gezweifelt hatte, daß die Gemeinschaft neben den Vereinigten Staaten und Kanada sowie Japan und dem südpazifischen Raum zum dritten großen Entscheidungszentrum der westlichen Welt geworden sei, konnte dessen nun gewiß sein. Kommissionspräsident Jacques Delors nutzte die Gunst der Stunde und schrieb unmittelbar vor dem Gipfeltreffen einen „Brief an die Deutschen“, in dem er auf die Vorzüge des großen Binnenmarktes auch für die Bundesrepublik Deutschland hinwies, um die skeptischen Bundesbürger für das europäische Gemeinschaftswerk zu begeistern. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen blieb jedoch dem neuerwachten Optimismus in Brüssel zum Trotz bei ihrer distanzierten Haltung¹⁴.

Dennoch konnte sich Helmut Kohl mit seinen elf Gästen in gelöster Stimmung auf dem Hannoveraner Messegelände an den Tisch setzen. Über eine die Medien lange Zeit beschäftigende Personalfrage hatte man bereits im Vorfeld des Gipfels Einvernehmen erzielt: Jacques Delors wurde für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren abermals an die Spitze der EG-Kommission berufen, was allgemein als Ausdruck der Wertschätzung für gute Arbeit in Brüssel gewertet wurde¹⁵. Damit war gleichzeitig entschieden, daß der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann von Januar 1989 an als „einfacher“ Kommissar in Brüssel tätig werden konnte.

Man kam rasch überein, daß die Vollendung des Binnenmarktes „unumkehrbar“ geworden sei und daß der gemeinsame Markt ein beträchtliches Potential für Wachstum und Beschäftigung in allen Mitgliedsländern erschließe. Zum erreichten Stand der Harmonisierungsbemühungen gab es ebenfalls keinen Widerspruch, allerdings wurden die Finanzminister ersucht, ihrem als bahnbrechend empfundenen Beschluß über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs eine Regelung zur Vermeidung von Steuerflucht hinzuzufügen. Vor allem auf französischen Druck hin wurde die Kommission aufgefordert, bis 31. Dezember 1988 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Richtlinie über eine einheitliche Quellensteuer konnte jedoch erst im Februar 1989 präsentiert werden.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage, wie die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion vorangebracht werden könne. Daß mit dem „Werner-Bericht“ des Jahres 1970 das schwierige Thema schon einmal fachlich durchleuchtet worden war, schien für die Regierungschefs kein Grund zu sein, es nicht ein zweites Mal mit einer Kommission zu versuchen, zumal inzwischen fast 20 Jahre verstrichen waren. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter Leitung Delors' innerhalb eines Jahres die konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser Union prüfen und vorschlagen sollte. Hatte man ursprünglich daran gedacht, neben den Notenbankpräsidenten und einigen unabhängigen Fachleuten

auch Regierungsvertreter zu berufen, so wurde dieser Plan wieder fallengelassen: Die Gruppe bestand aus den zwölf Notenbankpräsidenten, drei unabhängigen Fachleuten und einem weiteren Mitglied der EG-Kommission. Schon in Hannover wurden unterschiedliche Bewertungen des weiteren Vorgehens deutlich. Während Premierministerin Thatcher in ihrer Pressekonferenz keinen Zweifel daran ließ, daß sie weder an einer gemeinsamen Währung, noch an einer Europäischen Zentralbank interessiert sei, zeigte sich Staatspräsident François Mitterrand vom Gegenteil überzeugt¹⁶.

Nicht viel anders erging es dem zweiten kontroversen Thema, der „sozialen Dimension“ des Binnenmarktes. Es wurde in Hannover nur andiskutiert und fand im Kommuniké nur in Form einiger unverbindlicher Floskeln einen Niederschlag. Auch hier blieb es dabei, daß der wichtigste Teil der Arbeit noch ausstand. Bemerkenswert bleibt schließlich, daß sich Kohl – im Vollgefühl des wiedergewonnenen Schwungs in der Gemeinschaft – in der Einschätzung irrte, seine Gäste auf einen „Zeitplan“ für die nächsten Schritte auf dem Weg zum Binnenmarkt festlegen zu können. Dieser hätte die nächsten Präsidentschaften Griechenlands, Spaniens und Frankreichs über Gebühr festgelegt. Der Zeitplan kam nicht zustande. Doch auch diese Fehleinschätzung konnte das „Kanzlerfest“ in Hannover nicht trüben¹⁷.

Rhodos, 2./3. Dezember 1988

Kleine EG-Länder haben es während ihrer EG-Präsidentschaft in aller Regel schwerer als die großen Mitglieder. Vielfach fehlt ihnen schon der administrative Unterbau und jene gut eingespielte Ministerial-Bürokratie, ohne die auch nur bescheidene Fortschritte in der Gemeinschaftspolitik heutzutage kaum möglich sind. Hinzu kommt, daß Prestige und Gewicht der „Kleinen“ im allgemeinen nicht dazu ausreichen, die zentrifugale politische Willensbildung mit Autorität zu bündeln und die allgegenwärtigen Widerstände der „Großen“ bei den wichtigen Dossiers zu überwinden. So kommt es, daß weitreichende Entscheidungen der Gemeinschaft, wie zuletzt das „Delors-Paket“ und zuvor der Beitragsrabatt für Großbritannien, von den Regierungen der großen EG-Länder erreicht werden.

Auch wenn die Bilanz der griechischen EG-Präsidentschaft nicht so negativ ausfiel wie manche befürchteten, ließen manche Ereignisse lange vor dem Rats-treffen auf der Insel Rhodos wenig Gutes für das Treffen der zwölf Staats- und Regierungschefs ahnen. Mehr als ihr Ruf, das „Kellerkind“ der Gemeinschaft zu sein, machte den Griechen die schwere Herzkrankheit ihres Ministerpräsidenten Papandreou zu schaffen¹⁸. Seine Abwesenheit in Athen und der dadurch hervorgerufene politische Leerlauf waren selbst in Brüssel zu spüren, wo sich Europa-Minister Theodoros Pangalos redlich Mühe gab, den Erwartungen der Partner auf einen „Arbeitsgipfel“ gerecht zu werden. Je näher der Gipfel rückte, um so mehr wurde die Frage nach der Handlungsfähigkeit des greisen Premiers gestellt. Vor allem seine Liebesaffäre sorgte dafür, daß – vermutlich zum ersten Mal – ein Europäischer Rat auch die Klatschspalten der Zeitungen füllte¹⁹. Die vergleichsweise inhaltsarme Tagesordnung trat demgegenüber in den Hintergrund. Es galt, eine

„Halbzeitbilanz“ der bisherigen Arbeiten zur Vollendung des Binnenmarktes zu ziehen und dabei besonders den wenig vorangekommenen „sozialen Aspekt“ mit konkreten Inhalten zu füllen, im Umweltschutz Flagge zu zeigen und, auf Druck des französischen Staatschefs hin, die audiovisuelle Politik der Zwölf schärfer zu konturieren und gegen die zunehmende Überschwemmung Europas mit amerikanischen Fernsehserien einen Damm zu errichten.

Ehe man sich im früheren Palast der Großmeister des Johanniterordens an den Tisch setzte, kam es zu den üblichen bilateralen Treffen, wobei der Vorstoß der britischen Premierministerin Thatcher gegen den belgischen Premier Martens und den irischen Regierungschef Haughey wegen der Ausweisung des in Großbritannien steckbrieflich gesuchten ehemaligen Priesters Patrick Ryan von Belgien in die Republik Irland den Beginn des Gipfels überschattete²⁰. So kam es, daß für die Zeitungsleser in jedem Land ein anderer Gipfel stattfand: In Großbritannien und Belgien stand die Ryan-Affäre im Vordergrund, in der Bundesrepublik die Erörterungen über den Binnenmarkt und in einigen anderen Ländern eher die Liebesbeziehung Papandreou zu der Stewardess, die auch auf Rhodos nicht von seiner Seite wich²¹.

Das für manchen außenstehenden Beobachter kaum entwirrbare Knäuel aus „Sex, Politik und Skandalen“ spielte in den Debatten der Staats- und Regierungschefs kaum eine Rolle²². Selbst die sonst so streitlüsterne britische Premierministerin war sich mit den elf Partnern darin einig, auf den Gesundheitszustand des Gastgebers Rücksicht zu nehmen und nach dem „Harmoniegipfel“ in Hannover im Juni auf Rhodos eine zweite Verschnaufpause einzulegen. Bei der „Halbzeitbilanz“ auf dem Wege zum Binnenmarkt, den sozialen Arbeitnehmerrechten, dem Umweltschutz und beim „Fernsehen ohne Grenzen“ waren lediglich Sachstandsberichte oder allgemein gehaltene Initiativen vorgesehen. Der Ablauf der Debatte war dadurch geprägt, daß Papandreou es an einer straffen, die Themen strukturierenden Regie fehlen ließ: Man sprach auf weiten Strecken mehr durcheinander als miteinander; jeder sagte das, was ihm einfiel oder besonders am Herzen lag²³. Schwerpunkte ließen sich aus den divergierenden Erläuterungen der Delegationen kaum herauskristallisieren.

Konkreter verliefen die Erörterungen lediglich im audiovisuellen Bereich, nachdem der französische Staatspräsident dazu einen acht Punkte umfassenden Vorschlag vorgelegt hatte. Die ersten drei Punkte bezogen sich auf die Förderung der europäischen Norm für das „hochauflösende Fernsehen“ – ein altes Anliegen der Gemeinschaft. Mitterrands Wünsche nahmen unter anderem die von der Brüsseler Kommission bereits eingereichten Positionen auf: Bildung einer europäischen Interessengemeinschaft zur technischen und kommerziellen Nutzung der europäischen Hochauflösungsnorm sowie Demonstrationen bei wichtigen Anlässen (Beispiel: Olympische Spiele 1992 in Barcelona). Außerdem wurde in Mitterrands Vorschlag die Idee eines „audiovisuellen Eureka“ vorgestellt. Danach sollen zahlreiche Konferenzen zu diesem Thema veranstaltet werden, die alle interessierten Partner zu vereinen hätten, auch europäische Drittländer aus Ost

und West. Ziel dieser Initiative ist es, den Aufbau eines audiovisuellen Marktes in Europa zu beschleunigen und die kulturelle Identität des alten Kontinents zu stärken. Auf der gleichen Linie lag der Appell der Regierungschefs an den Ministerrat, seine Beratungen über die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ zu beschleunigen – eine Aufforderung, der die für den Binnenmarkt zuständigen Minister im April 1989 nachkamen; Belgien, Dänemark und die Bundesrepublik stimmten allerdings dagegen.

Als Enttäuschung wurde die Umwelt-Erklärung empfunden, die der politisch angeschlagene Gastgeber ursprünglich als „deutliches Signal“ des Gipfels und Ausweis seiner persönlichen Willensstärke geplant hatte. Grundlage dafür war eine Vier-Punkte-Erklärung der Umweltminister, die lediglich in allgemeiner Form die Absicht zum Ausdruck brachte, die Anstrengungen zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen zu verdoppeln und der Gemeinschaft dabei eine international führende Rolle zuzuweisen. In einigen Hauptstädten hatte man gehofft, daß Papandreou auf dem Gipfel die Erklärung konkretisieren, vielleicht sogar mit einem Zeitplan für die als besonders vordringlich erachteten Schritte ergänzen würde. Daß dies auf Rhodos unterblieb, war für Kommissionspräsident Delors zu Beginn des Jahres 1989 Anlaß genug, von der Gemeinschaft mehr Tempo beim Umweltschutz zu verlangen.

Diesmal konnte der schöne Schein einer von Zuversicht getragenen Gemeinschaft noch gewahrt werden, aber schon beim nächsten Mal in Madrid, so befand man, werde man wieder das tun, was man bisher fast immer tat: streiten²⁴.

Anmerkungen

- 1 Weidenfeld, Werner: Bilanz der Europäischen Integration 1987/88, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 1987/88*, S. 13; Hort, Peter: Eine Bilanz der deutschen EG-Präsidentschaft, in: *Europa-Archiv 15 (1988)*, S. 421.
- 2 Vgl. Hort, Peter: Der Europäische Rat, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 87/88*, S. 46-49.
- 3 Vgl. *Aachener Volkszeitung* vom 28. 6. 1988.
- 4 Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 5. 12. 1988.
- 5 Vgl. *Die Welt* vom 5. 12. 1988.
- 6 Donat, Marcell von: Das ist der Gipfel! Die EG-Regierungschefs unter sich, *Baden-Baden 1987*, S. 163.
- 7 Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 5. 12. 1988.
- 8 *FAZ* vom 5. 12. 1988.
- 9 Abgedruckt als Dok. Nr. 3 in diesem Band.
- 10 Die Schlußfolgerungen zu beiden Tagungen sind abgedruckt als Dok. Nr. 2 und Nr. 4 in diesem Band.
- 11 Vgl. *Handelsblatt* vom 24./25. 6. 1988.
- 12 Vgl. *FAZ* vom 29. 6. 1988.
- 13 Die Gemeinsame Erklärung ist abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band.
- 14 Siehe *Eurobarometer* Nr. 30, Dezember 1988; Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth und Gerhard Herdegen: *Die öffentliche Meinung*, in diesem Band.
- 15 Vgl. *Die Welt* v. 24. 6. 1988. Vgl. auch Stabenow, Michael: *Die Kommission*, in diesem Band.
- 16 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 29. 6. und *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. 6. 1988.
- 17 Vgl. *FAZ* vom 29. 6. 1988; Garthe, Michael: *Bundesrepublik Deutschland*, in diesem Band.
- 18 Vgl. *Die Zeit*, Nr. 43 vom 21. 10. 1988, S. 9; Axt, Heinz-Jürgen: *Griechenland*, in diesem Band.
- 19 Vgl. *The Observer* vom 27. 11. 1988; *International Herald Tribune* vom 3. 12. 1988.

- 20 Vgl. Financial Times vom 3. 12. 1988.
21 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5. 12. 1988; Le Soir vom 3. 12. 1988, FAZ vom 3. 12. 1988.
22 Vgl. International Herald Tribune vom 3. 12. 1988.
23 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 5. 12. 1988.
24 Vgl. FAZ vom 5. 12. 1988.

Weiterführende Literatur

- Andriessen, Frans, Siegfried Maun und David Martin: In the Wake of the Brussels Summit. Five Points for Europe, in: European Affairs 2 (1988), S. 14-44.
Bulmer, Simon und Wolfgang Wessels: The European Council. Decision-making in European politics, Hampshire/London 1987.
Donat, Marcell von: Das ist der Gipfel! Die EG-Regierungschefs unter sich, Baden-Baden 1987.
Hoscheit, Jean-Marc und Wolfgang Wessels (Hrsg.): The European Council, Maastricht 1988.